

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

zu dem Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequenzen aus der Haasenburg: Kinderschutz gewährleisten“ (Drucksache 6/1118)

Berichterstatterin:

Abgeordnete Gerrit Große (DIE LINKE)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Antrag in der durch den Ausschuss geänderten Fassung annehmen und folgenden Beschluss fassen:

„Der Landtag sieht die Notwendigkeit, Hilfeangebote für Kinder- und Jugendliche mit Bedarf an besonders intensiver pädagogischer Betreuung, für die bisher die geschlossene Unterbringung als letzte Möglichkeit gesehen wurde, weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Ziel muss es sein, pädagogische Maßnahmen zu entwickeln, die diesen Kindern und Jugendlichen den Aufbau eines gesunden Bindungsverhaltens, Selbstbewusstseins, Selbststeuerung und eine positive Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten und Potentiale ermöglichen. Dabei ist sicherzustellen, dass das Kindeswohl und die Rechte der Kinder und Jugendlichen jederzeit gewahrt werden. Ebenso besteht die Notwendigkeit, die Heimaufsicht weiter zu stärken und ihre Handlungsmöglichkeiten zu verbessern.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag ausdrücklich den unter Federführung von Brandenburg und Nordrhein-Westfalen gefassten JFMK-Beschluss 1/2016 mit den konkreten Vorschlägen für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen zum Betriebserlaubnisverfahren nach § 45ff SGB VIII.

Der Landtag erkennt darüber hinaus an, dass das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Mitglied der Landesregierung bereits die folgenden Schritte initiiert und folgende Maßnahmen ergriffen hat:

- Das Personal im Bereich der Heimaufsicht ist aufgestockt worden.
- Es bestehen umfangreiche Fortbildungsangebote für die Fachkräfte in den Jugendämtern und der freien Träger.
- Es haben vom Land mitgetragene Fachtagungen und Workshops zum Thema Jugendhilfeeinrichtungen und Heimerziehung stattgefunden, die auch bundesweite Ausstrahlung hatten.
- Mit der Einrichtung einer Qualitätsagentur soll die interne Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen gestärkt werden.
- Die örtlichen Möglichkeiten für die Beschulung der Jugendlichen als Teil des Betriebserlaubnisverfahrens werden berücksichtigt.

Der Landtag fordert die gemäß SGB VIII für die Hilfen zur Erziehung zuständigen öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe auf, im Rahmen der Weiterentwicklung und Qualifizierung der Hilfen insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Möglichst weitgehende Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen und intensive Begleitung der Jugendlichen bei den Hilfeplankonferenzen,
- Sicherstellung eines Beschwerdemanagements durch vom Träger unabhängige Personen (Ombudschaft, Beiräte, etc.) und die Gewährleistung ihrer Besuchs- und Akteneinsichtsrechte, u.a. durch die Sicherung der Arbeit einer Ombudsstelle. Die Unabhängigkeit ist auch dadurch zu gewährleisten, dass sie organisatorisch von der Heimaufsicht getrennt ist,
- Weiterentwicklung fachlicher Standards und die Sicherstellung ihrer Einhaltung,
- Weiterbildung, Coaching und Supervision für das Fachpersonal,
- Verstärkte Kooperation mit schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen,
- Verbindliche Qualitätsrunden der Jugendämter mit Trägern.

Bei der Umsetzung sollen öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe eng zusammenarbeiten und Experten der Kinder- und Jugendpsychiatrie und aus den Familiengerichten hinzugezogen werden. Die obere Landesjugendbehörde wirkt hierbei unterstützend mit. Im Rahmen der Zuständigkeit des Landes nach dem SGB VIII soll dieser Qualifizierungs- und Weiterentwicklungsprozess begleitet und gefördert werden. Daran ist der Landes- Kinder- und Jugendausschuss zu beteiligen.

Der Landtag fordert das für die Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium auf, die Träger intensiver zu beraten und auf die Abstellung von Mängeln wirkungsvoller hinzuarbeiten. Nach der Verabschiedung der Änderungen im § 45 SGB VIII wird das für die Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium konzeptionelle Schritte unter Beteiligung der Jugendämter, der freien Träger und dem Landes- Kinder- und Jugendausschuss erarbeiten.

Die Landesregierung berichtet dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport bis spätestens zum Ende des 1. Halbjahres 2017 über die Umsetzung dieser Beschlussempfehlung.“

Bericht:

A. Allgemeines

Der Landtag hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/1118) in seiner 11. Sitzung am 30. April 2015 an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen. Das Thema „Haasenburg“ hat den Ausschuss über weite Teile der vergangenen sowie der aktuellen Wahlperiode intensiv und wiederholt beschäftigt.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat die Materie in seiner 14. Sitzung am 7. Januar 2016 in einem Fachgespräch mit Experten im Rahmen einer Anhörung noch einmal vertiefend behandelt. Hierbei sind sowohl Vertreter der Wissenschaft, als auch Praktiker zu Wort gekommen und haben die Problematik der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit Bedarf an besonders intensiver pädagogischer Betreuung mit dem Fokus über die Landesgrenzen Brandenburgs hinausgehend beleuchtet.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport befasste sich in seiner 17. Sitzung am 14. April 2016 abschließend mit dem Antrag.

B. Beratung

Zur Schlussberatung lag ein gemeinsamer Entwurf einer Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 1) vor.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport berichtete über den aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit und gab einen Ausblick auf geplante Maßnahmen zur Weiterentwicklung der fachlichen Standards sowie zur Sicherstellung ihrer Einhaltung und Umsetzung. Insbesondere müsse an Verwaltungsvorschriften gearbeitet werden, um die Heimaufsicht auf eine solide zusammengefasste verwaltungsrechtliche Basis zu stellen. Die Änderung bundesrechtlicher Vorschriften, wie beispielsweise des § 45 SGB VIII werde seitens der Landesregierung ebenso konstruktiv begleitet, wie die Implementierung eines Beschwerdemanagement oder das Qualitätsmanagement.

Vertreter aller einreichenden Fraktionen hoben die konstruktive und fachliche Atmosphäre bei dem Prozess der Erarbeitung der gemeinsamen Vorlage hervor und begrüßten die inhaltliche Annäherung während der diversen Kolloquien und Veranstaltungen zu diesem Thema. Die Initiativen und Denkanstöße des Ministeriums innerhalb des Diskussionsprozesses wurden ebenfalls gewürdigt. Im Übrigen nahmen die Redner inhaltlich Bezug auf die gemeinsame Beschlussvorlage und warben um Zustimmung.

In der Schlussabstimmung votierte der Ausschuss einstimmig bei einer Stimmenthaltung für die Annahme des Entwurfes der Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 1) und somit für die Annahme des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/1118) in der durch den Ausschuss beschlossenen Form und empfiehlt dem Landtag, den o.g. Beschluss zu fassen.

Gerrit Große
Berichterstatte(r)in und
Vorsitzende des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

Anlage

Anlage 1: Entwurf einer Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Konsequenzen aus der Haasenburg: Kinderschutz gewährleisten“ (Drucksache 6/1118)



CDU
FRAKTION IM
LANDTAG BRANDENBURG

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg



Potsdam, den 12.04.2016

Antrag zum TOP 3
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE sowie
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

für die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
am 14. April 2016

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zum Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Konsequenzen aus der Haasenburg: Kinderschutz gewährleisten“
(Drucksache 6/1118)

Der Brandenburger Landtag wolle beschließen:

Der Landtag sieht die Notwendigkeit, Hilfeangebote für Kinder- und Jugendliche mit Bedarf an besonders intensiver pädagogischer Betreuung, für die bisher die geschlossene Unterbringung als letzte Möglichkeit gesehen wurde, weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Ziel muss es sein, pädagogische Maßnahmen zu entwickeln, die diesen Kindern und Jugendlichen den Aufbau eines gesunden Bindungsverhaltens, Selbstbewusstseins, Selbststeuerung und eine positive Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten und Potentiale ermöglichen. Dabei ist sicherzustellen, dass das Kindeswohl und die Rechte der Kinder und Jugendlichen jederzeit gewahrt werden. Ebenso besteht die Notwendigkeit, die Heimaufsicht weiter zu stärken und ihre Handlungsmöglichkeiten zu verbessern.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag ausdrücklich den unter Federführung von Brandenburg und Nordrhein-Westfalen gefassten JFMK-Beschluss 1/2016 mit den konkreten Vorschlägen für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen zum Betriebserlaubnisverfahren nach § 45ff SGB VIII.

Der Landtag erkennt darüber hinaus an, dass das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Mitglied der Landesregierung bereits die folgenden Schritte initiiert und folgende Maßnahmen ergriffen hat:

- Das Personal im Bereich der Heimaufsicht ist aufgestockt worden.
- Es bestehen umfangreiche Fortbildungsangebote für die Fachkräfte in den Jugendämtern und der freien Träger.

- Es haben vom Land mitgetragene Fachtagungen und Workshops zum Thema Jugendhilfeeinrichtungen und Heimerziehung stattgefunden, die auch bundesweite Ausstrahlung hatten.
- Mit der Einrichtung einer Qualitätsagentur soll die interne Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen gestärkt werden.
- Die örtlichen Möglichkeiten für die Beschulung der Jugendlichen als Teil des Betriebserlaubnisverfahrens werden berücksichtigt.

Der Landtag fordert die gemäß SGB VIII für die Hilfen zur Erziehung zuständigen öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe auf, im Rahmen der Weiterentwicklung und Qualifizierung der Hilfen insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

- möglichst weitgehende Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen und intensive Begleitung der Jugendlichen bei den Hilfeplankonferenzen,
- Sicherstellung eines Beschwerdemanagements durch vom Träger unabhängige Personen (Ombudschaft, Beiräte, etc.) und die Gewährleistung ihrer Besuchs- und Akteneinsichtsrechte, u.a. durch die Sicherung der Arbeit einer Ombudsstelle. Die Unabhängigkeit ist auch dadurch zu gewährleisten, dass sie organisatorisch von der Heimaufsicht getrennt ist,
- Weiterentwicklung fachlicher Standards und die Sicherstellung ihrer Einhaltung,
- Weiterbildung, Coaching und Supervision für das Fachpersonal,
- Verstärkte Kooperation mit schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen,
- Verbindliche Qualitätsrunden der Jugendämter mit Trägern.

Bei der Umsetzung sollen öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe eng zusammenarbeiten und Experten der Kinder- und Jugendpsychiatrie und aus den Familiengerichten hinzugezogen werden. Die obere Landesjugendbehörde wirkt hierbei unterstützend mit. Im Rahmen der Zuständigkeit des Landes nach dem SGB VIII soll dieser Qualifizierungs- und Weiterentwicklungsprozess begleitet und gefördert werden. Daran ist der Landes- Kinder- und Jugendausschuss zu beteiligen.

Der Landtag fordert das für die Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium auf, die Träger intensiver zu beraten und auf die Abstellung von Mängeln wirkungsvoller hinzuarbeiten. Nach der Verabschiedung der Änderungen im §45 SGB VIII wird das für die Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium konzeptionelle Schritte unter Beteiligung der Jugendämter, der freien Träger und dem LKJA erarbeiten.

Die Landesregierung berichtet dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport bis spätestens zum Ende des 1. Halbjahres 2017 über die Umsetzung dieser Beschlussempfehlung.

Thomas Günther
für die SPD-Fraktion

Kristy Augustin
für die CDU-Fraktion

Gerrit Große
für die Fraktion DIE LINKE

Marie-Luise von Halem
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen